



Sozialminister Mauro Pedrazzini zu den Herausforderungen des demografischen Wandels: «Jetzt ist meines Erachtens nicht mehr die Zeit für Konzepte, sondern für die praktische Umsetzung. Wir wissen, was zu tun ist, und müssen jetzt einen Schritt vorwärts machen, auch wenn unangenehme Entscheidungen zu treffen sind.» (Foto: Zanghellini)

Pedrazzini warnt: «Umverteilung kann zu Verweigerungshaltung der Jungen führen»

Alterung Liechtenstein muss auf den demografischen Wandel reagieren, schrieb das «Volksblatt» vor einer Woche. Das weiss auch Regierungsrat Mauro Pedrazzini: «Der Staat muss nun die Leitplanken so setzen, dass die Generation der geburtenstarken Jahrgänge nicht zulasten der künftigen Generation lebt.»

VON MICHAEL BENVENUTI

«Volksblatt»: Herr Pedrazzini, in Interviews und Berichten wird immer wieder auf die Herausforderungen des demografischen Wandels hingewiesen – auch für Liechtenstein. Braucht es für die Bewältigung dieser komplexen Aufgaben jetzt nicht ein strategisches Gesamtkonzept? Mauro Pedrazzini: Meine Vorgängerin Renate Müssner hat mit grossem Aufwand eine umfassende Strategie zur Bewältigung des demografischen Wandels erstellt. Darin ist sehr detailliert dargestellt, woran gearbeitet werden muss. Jetzt ist meines Erachtens nicht mehr die Zeit für Konzepte, sondern für die praktische Umsetzung. Wir wissen, was zu tun ist, und müssen jetzt einen Schritt vorwärts machen, auch wenn unangenehme Entscheidungen zu treffen sind. Priorität sind meines Erachtens stabile Systeme im Bereich der finanziellen Altersvorsorge, dann aber auch eine bezahlbare Versorgung im Bereich der medizinischen und pflegerischen Dienstleistungen.

Was sollte die Politik Ihres Erachtens tun?

Die absehbare Veränderung in der altersmässigen Zusammensetzung der Bevölkerung wurde schon oft thematisiert. Die Zahlen sind eindrücklich und der Handlungsbedarf ist offensichtlich. Der Staat muss nun die Leitplanken so setzen, dass die Generation der geburtenstarken Jahrgänge nicht zulasten der künftigen Generation lebt. Das ist nicht nur eine finanzielle Frage, sondern auch eine Frage der politischen Stabilität unserer Gesellschaft.

Wo sehen Sie denn die Gefahren?

Wenn Steuern, Abgaben und Versicherungsprämien deutlich erhöht werden müssen, damit der Staat eine Umverteilung von Jung zu Alt vornehmen kann, kann es zu einer Verweigerungshaltung der Jungen kommen.

Wie kann man dem denn vorbeugen?

Unser System der Altersvorsorge besteht aus drei Säulen: Der AHV, den Pensionskassen und den persönlichen Ersparnissen. Das unterschnei-

det uns von vielen anderen Staaten und daher muss man vorsichtig sein, wenn man Berichte aus anderen Ländern bezüglich der vermeintlich vor uns liegenden demografischen Katastrophe überträgt. Unser System mit den benannten drei Säulen kann die demografischen Herausforderungen meistern. Wir müssen es einfach robuster machen gegen die absehbaren Veränderungen. Unsere Ausgangslage ist gut und ich bin zuversichtlich, dass dies gelingt.

Beginnen wir mit der AHV, was ist da zu tun?

Unsere AHV besitzt hohe Reserven von über zehn Jahresausgaben. Wir haben Simulationsrechnungen durchführen lassen, wie sich die Reserven entwickeln, wenn das System so bleibt, wie es heute ist.

Die Reserven werden dahinschmelzen, wenn wir nicht Massnahmen auf der Einnahmen- und Ausgaben-seite treffen. Nun müssen wir über mögliche Veränderungen an der AHV nachdenken mit dem Ziel, diese Reserven möglichst zu erhalten.

Wird daran schon gearbeitet?

Ich treffe mich in diesen Tagen mit Vertretern der Landtagsfraktionen, um denkbare Massnahmen zu diskutieren. Danach wird der Einfluss jeder Massnahme auf die Entwicklung der AHV simuliert. Das Ministerium wird dann die Resultate auswerten und Vorschläge zur langfristigen Sicherung der AHV im Rahmen eines Vernehmlassungsberichts vorlegen. Diese Veränderungen sollten sowohl zweckmässig als auch politisch durchsetzbar sein.

Soweit zur AHV, aber wie kann das System der Pensionskassen verbessert werden?

Das System an sich ist gut, es müssten aber einige Veränderungen vorgenommen werden, damit es die ursprünglich gewünschte Wirksamkeit entfaltet.

Wo klemmt es denn?

Fast 30 Jahre nach der Einführung des Pensionskassen-Obligatoriums beziehen über die Hälfte der steuer-

pflichtigen Rentner unter 70 Jahren kein Einkommen aus der Pensionskasse, sondern erhalten lediglich eine AHV-Rente.

Wie kann das sein?

Ein Teil der Rentner lässt sich bei der Pensionierung das gesamte Guthaben aus der Pensionskasse auszahlen und verzichtet damit auf eine monatliche Rente.

Was sind die Gründe für diese Entscheidung?

Sie sind wahrscheinlich individuell sehr verschieden. Wenn nur eine kleine monatliche Rente erwartet werden kann, scheint ein Betrag von einigen 10 000 bis über 100 000 Franken wahrscheinlich auf den ersten Blick attraktiver zu sein. Eventuell herrscht auch

wenig Vertrauen in die Pensionskassen und man möchte die Finanzen selbst in die Hand nehmen. Ein weiterer Grund könnte sein, dass mit dem ausbezahlten Vermögen die Hypothek getilgt werden kann oder die Kinder bei der Gründung einer Familie unterstützt werden sollen.

Das sind alles nachvollziehbare Gründe, wo liegt denn das Problem?

Viele Personen unterschätzen ihre Lebenserwartung und die Kosten der Pflegebedürftigkeit. Wenn das Vermögen verbraucht oder durch Erbvorbezug verschenkt wurde und die AHV-Rente nicht mehr reicht, werden AHV-Ergänzungsleistungen beansprucht.

Also wird wieder die AHV belastet?

Nein, denn die Ergänzungsleistungen, die ausbezahlt werden, wenn Personen im Rentenalter mit ihren Einkünften den Lebensunterhalt

nicht bestreiten können, stammen nicht aus dem Vermögen der AHV, sondern direkt vom Staat. Die AHV erledigt nur die Administration. Ergänzungsleistungen sind also eine direkte Belastung für den Staatshaushalt. Durch das vor Jahrzehnten eingeführte Pensionskassen-Obligatorium müsste der Aufwand für die Ergänzungsleistungen mit der Zeit sinken, wir beobachten aber genau das Gegenteil.

Was kann dagegen getan werden?

Die einfachste Möglichkeit wäre, die Auszahlung des Pensionskassenguthabens per Gesetz einzuschränken. So würde die Pensionskasse den ihr zugedachten Zweck, ein stetes Einkommen im Alter sicherzustellen, besser erfüllen. Das wäre aber auch eine Beschränkung der persönlichen finanziellen Freiheit, die es sorgfältig gegen den gewünschten Nutzen abzuwägen gilt.

Sind denn nicht einfach die Renten zu gering?

Das ist ein anderes Problem. Das Minimum, das vom Lohn in die Pensionskasse einbezahlt werden muss, wurde festgelegt in einer Zeit höherer Zinsen und geringerer Lebenserwartung. Heute sind die Zinsen gering und die Lebenserwartung ist gestiegen. Das heisst, der Einzelne muss am Ende seines Arbeitslebens für die gleich hohe Rente mehr Vermögen in der Pensionskasse ansparen als früher. Der vorgeschriebene minimale Beitragssatz sollte daher überprüft werden, da er, wie gesagt unter ganz anderen Umständen festgelegt wurde.

Was ist mit der dritten Säule, den persönlichen Ersparnissen?

Leider wird in der Diskussion um die Gefahren der demografischen Veränderungen allzu oft vergessen, dass Jede und Jeder auch für sich

selbst Verantwortung zu tragen hat. Traditionelles Sparziel für das Alter war möglichst schuldenfreies Wohneigentum. Der Anteil der Mieter in unserem Land wird aber immer grösser, wie die letzte Volkszählung zeigt. Diese müssen durch Ansparen von Vermögen vorsorgen.

Die demografischen Veränderungen sind aber viel mehr als ein finanzielles Problem, ist Ihre Herangehensweise nicht etwas zu einseitig?

Die Veränderungen in unserer Gesellschaft werden vielfältig sein, wenn die Mehrheit der Einwohner dieses Landes «alt» ist. Die Finanzen sind nur ein Teilaspekt, aber ein sehr bedeutender. Es wird jedoch auch die Herausforderung der kommenden Jahrzehnte sein, biologisches Alter von geistigem Alter zu trennen.

Wie meinen Sie das?

In den USA wurde eben eine Frau von 67 Jahren als Präsidentin der Notenbank vorgeschlagen. Ein so bedeutsames Amt würde bei uns kaum an eine Person im Rentenalter vergeben. Da haben wir noch einiges aufzuholen. In einigen Jahrzehnten werden Arbeitskräfte fehlen, daher wird eine höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen und auch der Personen im Rentenalter nötig sein für das Funktionieren unserer Wirtschaft. Es ist daher empfehlenswert, sich nicht nur körperlich fit zu halten, sondern bis ins hohe Alter auch geistig flexibel zu sein und neue Herausforderungen anzunehmen. Das macht diesen Lebensabschnitt auch interessanter.

Zum Schluss noch eine persönliche Frage: Wie möchten Sie alt werden?

Ich lebe heute schon nach dem Motto: «Man ist immer so alt wie man sich fühlt» und möchte daran nichts ändern.

Herausforderung demografischer Wandel: Das «Volksblatt» am 12. Oktober 2013.

